

Die (Neu-)Ordnung von Produktion und Reproduktion? Arbeits- und Sorgebeziehungen als Gegenstand politischer Reformen in der Bundesrepublik und der DDR, 1960-1990

Gina Fuhrich, Max Gawlich, Katja Patzel-Mattern

Unter dem Begriff des Strukturbruchs diskutiert die Geschichtswissenschaft die Bedeutung der 1970er Jahre. Beförderten sie einen „sozialen Wandel von revolutionärer Qualität“, wie Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael es formulieren? Unstrittig ist, dass es seit Mitte der 1960er Jahre zu einer Verschiebung zentraler Produktionsbereiche kam. Der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungssektors standen die Abnahme schwerer körperlicher Industriearbeit und die weitgehende Marginalisierung der Landwirtschaft gegenüber. Zeitgleich kam es zur sogenannten Bildungsexplosion und die Zahl erwerbstätiger Frauen stieg an..

Diese sozioökonomischen Prozesse begrifflich zu fassen und strukturell zu analysieren, bildet eine zentrale Aufgabe der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nachkriegszeit. Zwei Perspektiven auf die 1970er Jahre können dabei unterschieden werden: Vertreterinnen wie Vertreter der These eines Strukturbruchs gehen davon aus, dass angesichts wahrgenommener wie manifester Krisen der Nachkriegsordnung - beklagt wurden beispielsweise die Auflösung der Familie oder eine zunehmende Arbeitslosigkeit - alternative Vorstellungen entwickelt worden seien, wie gesellschaftliches Miteinander und wirtschaftliches Handeln ausgestaltet und das Land damit zukunftsfähig gemacht werden könne. In diesem Prozess käme der Politik eine wichtige Funktion als Impulsgeber konkreter Reformprogramme und ihrer Umsetzung zu. Neue Vorstellungen von Fortschritt, die den Menschen und seine Umwelt ins Zentrum rückten, hätten sich etabliert. Diesen Überlegungen zu einem „Wandel revolutionärer Qualität“ steht die Beständigkeit zahlreicher Kernelemente der deutschen Gesellschaften – fordistische Produktion, sozialer Wohlfahrtsstaat, Ernährer-Modell – gegenüber. Unter Verweis auf die Konsumwelle und die Liberalisierung von Lebensentwürfen werden der These vom Strukturbruch die Vielschichtigkeit der gesellschaftlichen Dynamik, ihre Gegenläufigkeiten und Kontinuitäten entgegengehalten.

Innerhalb dieses Forschungsfeldes untersuchen mehrere Forschungsprojekte an der Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte den Wandel von Produktions- und Reproduktionsbeziehungen. Sie fokussieren dabei konkrete Reformvorhaben: Während das Projekt zur „Humanisierung des Arbeitslebens“ die Umsetzung eines Programms der Bundesministerien für Forschung und Technologie sowie für Arbeit in einem Unternehmen analysiert, widmet sich das historische Vorhaben des interdisziplinären Marsiliusprojekts zur Frühen Kindheit sowie ein Post-Doc-Projekt von Max Gawlich Reformprozessen innerhalb Tageskinderpflege. Konkret werden das „Modellprojekt Tagesmütter“ in der Bundesrepublik und der Ausbau alternativer wie etablierter Betreuungsformen in regionalen Kontexten sowie das Förderprogramm für Kinderkrippen in der DDR untersucht. Welche Vorstellungen die Reformprogramme zur Gestaltung von Arbeits- und Sorgebeziehungen leiteten, wie sie implementiert wurden und welche Wirksamkeit sie schließlich entfalteten, ob sie zu einer Neuordnung von Produktion und Reproduktion beitrugen, steht im Zentrum der Untersuchungen.

Das Bundesprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens“

In den frühen 1970er Jahren kämpften Teile der deutschen Industrie mit erheblichen Absatzproblemen und beantworteten sie mit Rationalisierungsmaßnahmen, die wiederum teils in wilden Streiks der Arbeiterschaft mündeten. In dieser Gemengelage initiierten die oben genannten Ministerien 1974 unter der Ägide von Hans Matthöfer (SPD) das Programm „Humanisierung des Arbeitslebens“. Die Initiative zielte darauf, die Wettbewerbsbedingungen der deutschen Industrie zu stärken. Zugleich war es Ziel, gesellschaftlichen Ausgleich in Zeiten wirtschaftlichen Wandels zu befördern, Produktionsverhältnisse, Arbeitsbedingungen, und Möglichkeiten der Mitbestimmung auf Unternehmensebene zu verbessern. Um diese Ziele zu erreichen, waren an dem Reformprojekt Politik, Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft beteiligt. Es bildete damit ein herausragendes Beispiel korporatistischer, deutscher Wirtschaftspolitik.

Das Forschungsprojekt an der Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte „untersucht, wie dieses Reformvorhaben bei der Peiner AG, einem Maschinen- und Schraubenproduzent, umgesetzt worden ist. Dabei geht es weniger um die Rekonstruktion der konkreten, vor Ort realisierten Projekte. Diese sind durch die zeitgenössische Begleitforschung gut dokumentiert. Das Forschungsvorhaben setzt sich vielmehr zum Ziel, innerbetriebliche Aushandlungsprozesse über die Ausgestaltung einzelner Maßnahmen zu untersuchen.. Im

Zentrum des Interesses stehen die Fragen, wie Kooperationen und Konflikte betrieblicher Akteure die Veränderungsprozesse prägten und welche Interessenlagen das Handeln sowie mögliche Gruppenbildungen prägten. Diesen Fragen wird in zwei Teilprojekten nachgegangen. Sie analysieren einerseits die Wirkungen innerbetrieblicher Hierarchien zwischen Management und Meistern sowie Gewerkschaften und Betriebsrat und andererseits die Bedeutung, sozialer Dynamiken innerhalb der Arbeiterschaft, die sich entlang der Dimensionen Geschlecht und Herkunft entfaltet. Dabei ist die These leitend, dass die Projekte im Betrieb einerseits Räume öffneten. Geteilte Interessen ermöglichten neue Kooperationen jenseits überkommener Gruppenzugehörigkeiten. Andererseits manifestierten die Projekte auch hierarchische wie soziale Grenzen, indem sie Selbst- wie Fremdzuschreibungen erzwangen und diese zum Kriterium für Partizipation und Kompetenzerwerb machten.

Frühe Kindheit im Wandel

Auch Familienbeziehungen änderten sich in den 1970er Jahren, wurden in der Öffentlichkeit wie im privaten Raum diskutiert. Sowohl in der BRD wie auch in der DDR verloren Gehorsam und Ordnung als Leitwerte der Erziehung zugunsten von Autonomie und Glücksfähigkeit an Bedeutung. Die Beziehungen zwischen Eheleuten oder zwischen Eltern und Kindern wurden partnerschaftlicher. Unter dem Eindruck alternativer Formen der Kinderbetreuung, unter anderem in Frankreich, den USA oder Israel, wurde gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Kleinfamilie bei der „frühkindlichen Sozialisation“ in Frage gestellt. Was dabei selten thematisiert wurde, war die überkommene Aufgabenverteilung bei der Kinderbetreuung. Davon zeugt auch das Modellprojekt „Tagesmütter“ der Bundesregierung, das zwischen 1973 und 1978 in Öffentlichkeit wie Wissenschaft intensiv und kontrovers diskutiert wurde. Angeregt durch Entwicklungen in Schweden wurde das Tagesmutterwesen in der Bundesrepublik etabliert. Zur gleichen Zeit entwickelten WissenschaftlerInnen am Institut für Hygiene des Kindes- und Jugendalters den zentralen Erziehungsplan für Kinderkrippen der DDR. Die Betreuungs- und Sorgearbeit in den zunehmend flächendeckend zur Verfügung stehenden Tageskrippen sollte auf ein wissenschaftliches Fundament gestellt werden. Überwog im Westen auch in der neuen Betreuungsform die Familienförmigkeit, die nun allerdings professionalisiert wurde, dominierte im Osten eine wissenschaftlich fundierte, außerfamiliäre Erziehung.

Vor diesem Hintergrund fragen die beiden Forschungsvorhaben in diesem Themenfeld nach den Wirkungen der unterschiedlichen Betreuungskonzepte. Während das Projekt von Max Gawlich untersucht, welche Ideale des alltäglichen Umgangs mit kleinen Kindern in Spiel, Ernährung, Pflege und Erziehung durch die politischen Reformvorhaben entwickelt und wie diese umgesetzt wurden, analysiert das Marsilius-Projekt Betreuungsbiographien. Es fragt nach generationsübergreifenden Wirkungen, die Betreuungserfahrungen in unterschiedlichen Kontexten auf spätere Betreuungsentscheidungen für die eigenen Kinder haben. Beide Projekte leitet die Annahme, dass die Inwertsetzung des Kleinkindes in den sich pluralisierenden Betreuungsformen neue Beziehungen zwischen Kindern und Betreuenden ermöglichten zugleich aber auch zu deren Verwissenschaftlichung führten.

Produktion wie Reproduktion stehen angesichts der Veränderungsdynamiken der späten 1960er und 1970er Jahre im Zentrum politischen Gestaltungswillens. Dieser beförderte, so der gemeinsame Leitgedanke der neuen Forschungsprojekte an der Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, einerseits das Entstehen neuer Beziehungen oder Kooperationen in Familie und Unternehmen. Andererseits baute er auf etablierte Ordnungsvorstellungen auf, schrieb diese fort und ergänzte sie um zusätzliche Anforderungen. Inwiefern sich diese Gegenläufigkeiten mit dem Begriff des Strukturbruch beschreiben lassen, werden die Forschungen der kommenden drei Jahre hoffentlich zeigen.

Veröffentlicht in: Mitteilungen aus dem Historischen Seminar, Nr. 6, Februar 2018